

Deutscher und englischer Parlamentarismus.

ap. Die Abstimmung, die vor einigen Wochen im Reichstage über die Resolution zur Polenpolitik stattfand, hat durch ihre Folgen, oder richtiger, durch ihren Mangel an Folgen, offenkundig die Wahrheit demonstriert, daß Deutschland kein parlamentarisch regiertes Land ist. Man mußte das allerdings schon längst, aber hier in eigentlich zum erstenmal die Probe aufs Exempel gemacht worden: obgleich mit großer Majorität ein Mißtrauensvotum gegen ihn angenommen wurde, bleibt der Reichskanzler ruhig in seinem Amte, als ob nichts geschehen wäre. In einem parlamentarisch regierten Lande wäre natürlich so etwas unmöglich gewesen; dort kam ein Minister nicht regieren, dem die Parlamentsmehrheit ihr Vertrauen versagt.

Natürlich bedeutet das nicht, daß hier, wie es in dem Jargon der früheren bürgerlichen Demokraten hieß, Fürstenlaune und Hofkamarilla regieren, gegen die die Vertreter des Volkes im Parlament machtlos sind. Auch in den früheren Jahrhunderten des fürstlichen Absolutismus mußten die Herrscher ihre politischen Launen den Interessen der maßgebenden Klassen anpassen. Heute regiert das Großkapital die Welt und also auch das deutsche Reich. Mittels bürgerlicher Parlamentarier, die als ihre Beauftragten und Sachwalter in dem Reichstag sitzen, stehen die verschiedenen Gruppen von Kapitalisten und Ausbeutern aller Art — Fabrikanten und Reederei, Börsenjuden und Klerus, Agrarier und Grubenherren — fortwährend mit der Regierung und miteinander in Fühlung. Hinter den Kulissen, wo die eigentliche Politik gemacht wird, üben sie ihren bestimmenden Einfluß aus, während die öffentliche Debatte vor allem als Schaubühne für Schönrednerei dient, um das Wählerpublikum einzujensehen, es mit gutgeminten wütenden Parteiturmieren zu ergötzen und zugleich der unangenehmen Kritik der wirklichen Volksvertreter, der Sozialdemokraten, mit klingenden Phrasen entgegenzutreten. Die bürgerlichen Parteien haben keinen Anlaß, diesen Zustand, der der kleinen, mächtigen Gruppe des Großkapitals die Herrschaft sichert, zu beseitigen, und sie denken nicht daran, einen ernsthaften

Kampf für das parlamentarische System, z. B. durch Budgetverweigerung, zu führen.

Für die Sozialdemokratie bildet dagegen dieser Parlamentarismus das unmittelbarste politische Ziel. Wir wollen, daß die Mehrheit des Volkes, dem bei einem demokratischen Wahlsystem auch die Mehrheit der Abgeordneten entspricht, über Gesetz und Regierung zu bestimmen hat. Die Form dafür zeigen uns die westeuropäischen Länder, wo die aufsteigende Bourgeoisie auf revolutionärem Wege die politische Herrschaft aus den Händen der Fürsten gerissen hat. Dort herrscht nicht mehr der Fürst, sondern das Parlament. Da kein Minister regieren kann, wenn die Parlamentsmehrheit ihm die Mittel verweigert, müssen die Minister Vertrauensmänner dieser Mehrheit sein; die aus ihnen bestehende Regierung, die an der Spitze des ganzen Staates steht, ist im Grunde ein Ausschuß aus der Parlamentsmehrheit. Wird diese Mehrheit zur Minderheit, so muß die Regierung zurücktreten und den Männern der neuen Mehrheit Platz machen.

Es ist daher kein Wunder, daß in den Reden und Schriften unserer Genossen wiederholt gegenüber den rückschreitenden politischen Formen Deutschlands auf den englischen Parlamentarismus hingewiesen und dieser oft lobend hervorgehoben wird. Sogar wird, bei revisionistischen Autoren bisweilen, das Zweiparteiensystem, das sich auf dem Boden des englischen Parlamentarismus entwickelt hat, als das ideale politische System gepriesen, das wir hier auch möglichst erstreben sollen — wobei dann die Blockpolitik, die dauernde Verbindung der Sozialdemokratie mit dem Liberalismus gegenüber den schwarzblauen Parteien plötzlich als ein natürlicher Schritt auf dem Wege zu idealen parlamentarischen Verhältnissen erscheint. Leider zeigt sich aber dieses ideale Verfassungssystem in seiner praktischen Entwicklung in England selbst in ganz anderem Lichte.

In England herrscht nicht das Parlament. Dort herrschen, wie schon vor Jahren Sidney Low in seinem Werke über die Regierung Englands darlegte, abwechselnd zwei kleine Gruppen von Politikern, die beide eine Partei mit ihrer ganzen Maschinerie hinter sich haben. Nicht die Parlamentsmehrheit sucht sich Vertrauensmänner aus ihrer Mitte aus, die als Regierung auftreten, sondern diese Mehrheit bildet nur ein Anhängsel der kleinen regierenden Gruppe, auf ihren Namen gewählt und verpflichtet, treu zu ihr zu halten und für sie abzustimmen. Sie sind keine Vertrauenspersonen der Wähler; wenn auch der Wähler den Namen A. oder B. auf den Zettel schreibt, bedeutet das in Wirklichkeit nur liberal oder Tory, denn er hat keine

andere Möglichkeit, als zwischen diesen beiden Herren, die ihm von jenen Parteien präsentiert werden, zu wählen. Er hätte gerade so gut — und das würde der tatsächlichen Wirklichkeit entsprechen — überall im Lande „Asquith“ oder „Bonar Law“ schreiben können, und dann hätte dasjenige Parteihaupt, das die Mehrheit erhält, aus seinen Freunden eine Regierung zu bilden und eine seiner Stimmenzahl entsprechende Anzahl seiner Anhänger ins Parlament ernennen können, wobei sein Gegner ähnlich die Minorität des Parlaments zu ernennen hätte. Dann ginge alles genau so wie es heute in Wirklichkeit geht, aber offen und jedem sichtbar, statt hinter überlieferten Formen verdeckt und verborgen. Nicht das Parlament macht Gesetze, sondern die Regierung, die ihre Anhänger kommandiert, dafür zu stimmen; nicht das Parlament diskutiert, sondern nur die „vorderen Bänke“, wo die Parteihäupter sitzen. Eine Regierung fällt nicht dadurch, daß eine Parlamentsmehrheit gegen sie stimmt, denn die Mehrheit ist ihre gehorsame Gefolgschaft — außer in Ausnahmefällen, wenn neue Streitpunkte tiefe Differenzen in einer Partei hervorrufen; sie geht und macht der anderen Gruppe Platz, wenn die Wähler sich bei den Wahlen in Mehrheit jener Partei zuwenden. Das Bestehen zweier Parteien, die jedesmal einander ablösen, wenn die Unzufriedenheit über die Regierung zu groß geworden ist, zeigt sich hier als vorzügliches Mittel, dieser Unzufriedenheit, die im Grunde der Unerträglichkeit des Kapitalismus für die Massen entspringt, einen ungefährlichen Ausweg zu bieten.

In Wirklichkeit besteht also zwischen dem deutschen und dem englischen Regierungssystem gar nicht ein so großer Unterschied, wie es oberflächlich scheint. Hier wie dort regiert nicht das Parlament, sondern eine kleine Gruppe von Politikern und Bureaukraten, die entweder auf die Parlamentsmehrheit rechnen kann oder sich um sie nicht zu kümmern braucht. Mag es dabei auch als ein gewaltiger Unterschied erscheinen, daß diese regierende Gruppe dort vom Volke gewählt, hier von oben ernannt wird, so wird auch dieser Gegensatz zu einem äußeren Schein, da die Wähler dort praktisch nur die Wahl zwischen zwei Cliques haben, die trotz ihrer etwas verschiedenen Programme einander in Zuverlässigkeit für die Interessen des Großkapitals nichts nachgeben. Und es ist auch klar, weshalb es so sein muß. Trotz der verschiedenen Vergangenheit — die sich in der Verschiedenheit der Formen und Traditionen äußert — ist der Kapitalismus hüben und drüben nicht sehr verschieden; in beiden Ländern hat sich die wirtschaftliche Macht in den Händen einer kleinen Klasse von Großkapitalisten konzentriert, die ihre politische

Herrschaft am besten durch die halbabsolutistische Regierung einer ihnen ergebenen Gruppe von Politikern ausüben kann.

Wir haben also nicht die geringste Ursache, den englischen Parlamentarismus als das erstrebenswerte Ideal für Deutschland hinzustellen. Umgekehrt, man kann sogar im gewissen Sinne sagen — wenn man nicht auf die äußere staatsrechtliche Form, sondern auf das innere Wesen achtet —, daß der deutsche Parlamentarismus ein moderneres Gebilde und für uns besser ist als der englische. Moderner, weil er die modern-kapitalistische Wirklichkeit, statt sie zu vertuschen klar zum Ausdruck bringt. Besser, weil er sich als der geeignete Boden erwiesen hat, auf dem der Klassenkampf sich entfalten und geführt werden kann. Denn für das Proletariat ist der Klassenkampf allein maßgebend; nicht darum handelt es sich, eine abstrakt-ideale Verfassungsform für die Zeit des Kapitalismus zu finden, sondern die Macht des Proletariats so hoch zu steigern, daß es den Kapitalismus stürzen kann.

Der Mechanismus des englischen Parlamentarismus mit seinem Zweiparteisystem ist ein wesentliches Hemmnis für eine klassenbewußte proletarische Parlamentaristik und eine wichtige Ursache für das Scheitern der Arbeiterpartei gewesen. In diesem System ist kein Platz für eine dritte unabhängige Partei, und ist diese Partei da, so kann sie, wenn sie prinzipiell jede Regierung bekämpft, das ganze System unmöglich machen, wenn keine der beiden bürgerlichen Parteien über eine Mehrheit verfügt. Dagegen ist der deutsche Parlamentarismus, jung und traditionslos in einem Lande emporkommend, wo die modern-kapitalistischen Klassen in ihrem Emporstreben schon miteinander im Kampfe lagen, zu dem ausgezeichnetsten Kampfplatz dieser Klassen geworden. Dadurch war er fähig, das deutsche Proletariat zu der heutigen Höhe der politischen Entwicklung und der Organisation zu führen; durch ihn, als Mittelglied, wuchs aus der gewaltigen kapitalistischen Entwicklung die mächtigste Partei der sozialistischen Internationale empor.

Diese Entwicklung war nur möglich durch einen stetigen Kampf gegen sein großkapitalistisches, halbabsolutistisches Wesen, wobei die Programmforderung einer demokratisch-parlamentarischen Verfassung den Ausdruck der proletarischen Kritik und Opposition bildete. Aber diese Forderung hat nichts zu tun mit einer Verherrlichung bürgerlich-parlamentarischer Formen, die sich nicht als Hemmnis großkapitalistischer Herrschaft, sondern nur als Hemmnis proletarischen Klassenkampfes bewährt haben. —